

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf vom Empfänger ausschließlich zu rein privaten Zwecken genutzt werden. Jede Vervielfältigung, Verbreitung oder sonstige Nutzung, die über den in den §§ 45 bis 63 Urheberrechtsgesetz geregelten Umfang hinausgeht, ist unzulässig ©

„Zum Erfolg verurteilt: Wie die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ die Auszahlung der Entschädigungsgelder an NS-Zwangsarbeiter organisiert“

Eine Reportage von Gabi Wuttke
Deutschlandradio Berlin
18.6.2001

Am 30. Mai 2001 konnte der Bundestag endlich feststellen: Die Rechtssicherheit für die deutsche Wirtschaft ist gegeben. Damit wurde der Weg frei für die Auszahlung der Entschädigungsgelder an NS-Zwangsarbeiter.

Die dafür zuständige Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ in Berlin hält noch daran fest, daß Ende dieses Monats zumindest erste Auszahlungen angewiesen werden können.

Derweil sorgt ein anderes Datum für Unruhe: Denn eigentlich sieht das Stiftungsgesetz vor, daß die Anträge von Zwangsarbeitern bis spätestens 12. August dieses Jahres eingereicht werden müssen. Als dieser Termin festgelegt wurde, ahnte aber wohl niemand, wie lange um die sogenannte „Rechtssicherheit“ gestritten werden würde. Nun wird weiter verhandelt: Wenigstens um 3 Monate soll die Antragsfrist verlängert werden. Doch in trockenen Tüchern ist das noch nicht.

Wie aber kommen die Entschädigungsgelder nun aber zu den ehemaligen Zwangsarbeitern?

Gabi Wuttke war in der Markgrafenstr. 12 – 14:

Autorin:

Das sechsstöckige Bürogebäude mit der abweisenden silbergrauen Metallfassade steht in einer der unscheinbaren Straße in Berlins Mitte.

Ebenso unscheinbar: die kleine Messingplatte mit dem Bundesadler und das augenscheinlich vor längerer Zeit in pflegeleichtem Ocker gestrichene Treppenhaus. Der

Fahrstuhl, Baujahr '65, bringt den Besucher in den zweiten Stock.

Rechter Hand ist die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einquartiert. Hier ist alles frisch renoviert, 16 Türen gibt es und 27 Mitarbeiter. Ein Teil von ihnen arbeitet im vergitterten Erdgeschoß: wo sich in Regalen die Aktenordner stapeln. Das kleine Team hat jetzt vor allem eine große Aufgabe: Dafür zu sorgen, daß die Entschädigungsgelder die Empfänger auch erreichen. Die gebürtige Ukrainierin Marina Schubarth, hat oft genug enttäuschende Momente miterlebt:

Schubarth:

Wir haben eine alte Frau besucht auf dem Dorf. Sie hat wirklich in einem Haus gelebt, was eisig kalt war. Sie muß Wasser holen aus einem Brunnen. Das zu tragen ist sehr schwer. Und als wir rein kamen in die Wohnung, wo wir gesehen haben, die Frau hat wahrscheinlich seit Tagen nichts mehr gegessen, kam kurz vorher die Nachricht im Radio durch, das eben das Geld wieder stockt. Daß das Geld nicht ausgezahlt werden kann, sondern sich verzögert. Und die Frau hat nur noch die Hände zusammengefaltet und saß mit traurigen Augen.

Autorin:

Fast zwei Jahre hatte das juristische Tauziehen um die ‚Rechtssicherheit‘ für deutsche Unternehmen gedauert. Die ständigen Verzögerungen haben dazu geführt, daß bis zu 500.000 ehemalige Zwangsarbeiter noch immer keinen Antrag auf Entschädigung gestellt haben. Von dieser Zahl geht die Bundesstiftung aus. Trotzdem sind bislang bereits eine Million Anträge eingegangen. Ein formloser Brief in der Muttersprache, reicht nach wie vor, um die Ansprüche anzumelden. Seit 16. Februar 1999 gilt das auch für die Erben. Kai Hennig von der Bundesstiftung zitiert:

Hennig:

Das ist ein ganz typisches Schreiben: Handschriftlich, drei Zeilen. Betrifft: Entschädigung. Mein Vater - und dann folgt der Name - war Zwangsarbeiter in Eschebach in Radeberg bei Dresden. Wie wird das behandelt? Hochachtungsvoll. Das ist ein Schreiben, was wir hier kopieren, registrieren und an die betreffende Partnerorganisation weiterleiten, die sich dann weiter um den Antragsteller kümmert.

Autorin:

Erst 350.000 Antragsformulare mit den dazu nötigen Nachweisen konnten abschließend geprüft und positiv beschieden werden. Michael Jansen, der Vorstands-Chef der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erläutert, was das konkret bedeutet:

Jansen:

In diesem Jahr werden wir wahrscheinlich in der Lage sein, die jüdischen Antragsteller, die polnischen und die tschechischen mit der ersten Rate zu befriedigen. Das ist so weitgehend vorbereitet. Bei den anderen wird es länger dauern. Man hat mir dort gesagt, daß man für die Auszahlung der ersten Rate dort ganz sicher noch das ganze nächste Jahr braucht.

Autorin:

Durchaus möglich also, daß erst Anfang 2003 die ersten Gelder in die Ukraine und Rußland überwiesen werden können. Verlorene Lebens-jahre als KZ-Insasse und Sklavenarbeiter werden mit maximal 15.000 Mark abgegolten. Marina Schubarth, die seit vielen Jahren in ihrer ukrainischen Heimat ehemalige Zwangsarbeiter unterstützt und zum Kummerkasten geworden ist:

Schubarth:

Das sind ja fast alles Schüler gewesen, damals, die sind von der Straße geholt worden, die sind aus den Schulen aus den Kinos geholt worden. Dann wie sie nach Deutschland kamen. Wie sie die Desinfektion passierten, entwürdigende Prozeduren, diese Demütigung nackt vor Männern zu stehen, speziell für Frauen war das ein großes Problem, dann als Sklaven dazustehen für den Arbeitsmarkt, dann diese Demütigung nicht mehr den Namen zu haben, sondern die Aufschrift ‚Ost‘. Und dann natürlich der Hunger, die Kälte

und die schlimmen Verhältnisse, unter denen sie zu arbeiten hatten.

Autorin:

Schlimm genug, schimpfen Kritiker. Dafür gäbe es dann vielleicht nicht einmal 5000 Mark. Und nun ginge weitere, kostbare Zeit verloren, das Geld auszuzahlen: weil die Mühlen der Bürokratie so langsam mahlen.

Schubarth:

Also ich würd' mal sagen, die meisten, die ich antreffe, leben wirklich unter der Armutsgrenze. Also es gibt da so vor allem alleinstehende Frauen, und sehr Alte und Kranke, die wirklich definitiv leeren Kühlschränke haben. Sie haben keine Anziehsachen, geschweige denn Medizin. Also sie vegetieren wirklich vor sich hin. Ich war in absolut kalten Räumen, da war es wirklich draußen wärmer als in der Wohnung, ne.

Autorin:

Dabei ist Berlin ‚nur‘ die Schaltzentrale: Alle Anfragen und Anträge – auch wenn sie direkt nach Berlin geschickt werden, bearbeiten ja die Partnerorganisationen. Neben der Jewish Claims Conference und der Internationalen Organisation für Migration sind das die Entschädigungs-Stiftungen in sieben Ländern Osteuropas: Russland, Weißrussland, die baltischen Staaten, Moldawien und die Ukraine:

Jansen:

Wir sind nun gehalten, uns diese Dinge noch mal anzuschauen, zu verifizieren, nicht jeden Antrag, wir machen das eher nach einem Verfahren, das zu keinen weiteren Zeitverzögerungen führt. Wir machen Stichproben. Allerdings Stichproben, der Fälle, die wir auch selber aussuchen. Insofern ist auch den Kontrollnotwendigkeiten Rechnung getragen.

Autorin:

Während in New York die letzten Grabenkämpfe ausgefochten wurden, verhandelte man in Berlin noch über

Details. Zum Beispiel, wie die Entschädigungsgelder die Menschen dort erreichen, wo bargeldloser Zahlungsverkehr genauso unüblich ist wie ein Konto: mit einem personengebundenen Scheck, Auszahlung gebührenfrei – auch das mußte erst erstritten werden.

Hintergrund für diese und andere Vorsichtsmaßnahmen ist unter anderem ein inzwischen in Hannover ein sitzender Untersuchungs-häftling. Sein Name: Wiktor Scherditzki. Der ukrainische Banker und Parlamentsabgeordnete steht im Verdacht, 86 der 400 Millionen Mark veruntreut zu haben, die die deutsche Regierung 1993 für Opfer des NS-Regimes in einem Schwung nach Kiew überwiesen hatte – ohne sich in irgendeiner Form abzusichern. Damals wie heute mit im Boot: Die mit Regierungsmitgliedern besetzte Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“:

Jansen:

Und die ukrainische Regierung hat eben die Stiftung, die es schon gab, aufgrund von Zahlungen der Bundesrepublik aus Anfang der 90er Jahre, hat eben diese Stiftung vorgeschlagen. Das war eine Entscheidung der ukrainischen Regierung, die natürlich auch die deutsche Seite akzeptieren mußte. Wir können ja nun schlecht von deutscher Seite aus bestimmen, wer die Ukraine vertreten soll. Wer in der Ukraine die Dinge abwickeln soll.

Autorin:

Deshalb betont Michael Jansen immer wieder, wie gut und vertrauensvoll Berlin nun mit dieser Partnerorganisation zusammenarbeitet. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit und mit Blick auf die Verantwortung Deutschlands – die die Stiftung auch im Namen trägt -, verweist er aber auch auf die vielen Sicherungsnetze, die von deutscher Seite in die Partnerverträge eingezogen wurden: Auch im Fall der Ukraine, wo ein Drittel der Entschädigungsberechtigten lebt. Parlament, Ausschüsse, Rechnungshof und Banken der Ukraine sind involviert:

Jansen:

Ich habe mit dem Präsidenten der Zentralbank ein längeres Gespräch geführt, wenn man will: Verhandlung. Wir haben noch mal eine Garantieerklärung bekommen, daß die Auszahlung der Gelder in ordentlicher Form passiert. Auch da ist mein Eindruck von den Regierungen in Osteuropa: Sie haben auch deshalb ein großes Interesse am Gelingen des Projekts, weil sie wissen, wie wichtig es ist, für die bilateralen Beziehungen also für die Beziehungen zwischen uns und den jeweiligen Ländern.

Autorin:

Zusätzlich zu diesem Druckmittel, tourt inzwischen ein 10köpfige Prüfungsteam der Bundesstiftung durch Osteuropa. Es hält den Kontakt zu den Banken, an die Entschädigungsgelder nur in kleineren Tranchen überwiesen werden, kontrolliert Buchführung und Archive der Landesstiftungen und - stichprobenartig - auch die bereits genehmigten Anträge. Per Computer wird nach Namens-Doppelung gesucht. Auch weil die Antragsteller, die den Behörden im eigenen Land mißtrauen, jede ihnen bekannte Adresse anschreiben, aus Angst, ihre Ansprüche könnten untergehen. Außerdem im Handgepäck der Berliner: Beschwerdebriefe, wie der aus dem Kai Hennig vorliest:

Hennig:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich bitte um Hilfe in folgender Sache: Ich bin ehemaliger Zwangsarbeiter im Reichsgebiet in den Jahren 39 bis 45. Leider besitze ich keine mehr Originalunterlagen von damals. Meine Beschäftigungszeit haben zwei Zeugen bestätigt. Mein Antrag auf Entschädigung, eingelegt bei der Stiftung, wurde abgelehnt. Man behauptete, die Aussagen von Zeugen reichten nicht aus.

Autorin:

Was definitiv falsch ist. Sie gelten als Beweise genauso wie Briefe, die einst aus den Lagern nach Hause geschickt wurden. Daß besonders aus der ehemaligen Sowjetunion viele Anträge mit Nachweisen eingereicht werden können, liegt nach Ansicht von Michael Jansen an den sogenannten

„Filtrationslagern“, durch die Stalin die ehemaligen Zwangsarbeiter nach dem Ende des Krieges schleusen ließ:

Jansen:

Und dort wurden durch den KGB Befragungen vorgenommen. Und der KGB hat diese Befragung registriert und dokumentiert. Das heißt, wir können heute sogar zurückgreifen auf KGB-Akten, in denen drin steht: Der Herr X war in irgendeinem Ort in Deutschland, jedenfalls hat er das erklärt nach Rückkehr, und hat die und die Angaben gemacht. Also das sind zum Teil – Ironie der Geschichte – heute Beweismittel, die wir vom KGB bekommen.

Autorin:

Marina Schubarth macht darauf aufmerksam, daß die heiklen Fälle noch kommen werden. Und man ahnt, was der Anspruch der Stiftung in Berlin bedeutet, jeden Antrag und alle denkbaren Quellen sorgfältig prüfen zu wollen:

Schubarth:

Schwierig wird es bei den Leuten, die mit der roten Armee aus Deutschland zurückgekehrt sind. Die diese Lager nicht passiert sind. Das heißt, sie sind nirgendwo registriert worden. Oder die Leute haben auch Probleme es auch nachzuweisen, die gelogen haben und nicht erzählt haben, daß sie bei der Munition gearbeitet haben. Sondern sie haben gesagt: Ich war beim Landwirt. Die müssen jetzt nachweisen, daß sie in einer Fabrik gearbeitet haben.

Autorin:

Aber warum haben sie gelogen?

Schubarth:

...weil man sie als Kollaborateure sonst verdächtigt hätte. Es ist fast zu 90 Prozent so, daß als die Zwangsarbeiter zurückkehrten in die Ukraine, hatten sie einfach mit schweren Folgen zu kämpfen, das heißt KGB hat ihnen erschwert, daß sie eine richtige Ausbildung bekommen, daß sie Universitätsabschlüsse kriegen, auch entsprechend gute Arbeit. Und deswegen haben viele begonnen einfach zu schweigen. Und vor allem dieser psychologische Druck, daß sie sich ja bewußt waren, daß sie ja Munition oder Munitionsteile gegen ihre eigene Bevölkerung bauen. Das lastet bis heute schwer.

Autorin:

Für alle, die keinerlei Belege über die Zwangsarbeit mehr besitzen, ist der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen zuständig. Mit dem ISD sollen sich die Partnerorganisationen in jedem ungeklärten und schwierigen Einzelfall in Verbindung setzen. Eine langwierige Prozedur. Aber auch der Internationale Suchdienst hat keine lückenlosen Archive. Weshalb ein Negativ-Bescheid aus Bad Arolsen längst nicht aller Tage Abend ist: An zu vielen Stellen überall in Deutschland liegen noch unbekannte wichtige Akten – weshalb nun ein Informationsverbund aufgebaut werden soll:

Jansen:

Das Bundesarchiv hat sich bereit erklärt, diese negativen Anfragen, die Arolsen nicht beantworten kann, weiterzugeben, an die Landesarchive. Die Landesarchive werden das koordinieren. Falls in den Landes-archiven keine Informationen vorliegen, werden die Anfragen weitergegeben an kommunale Archive, an Firmenarchive und so weiter. Aber das ist sehr mühselig, das können Sie sich vorstellen.

Autorin:

Um eine weitere, auch politisch brisante Lücken zu schließen, verhandelt Michael Jansen nun mit der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft über die Öffnung weiterer Firmenarchive. Marina Schubarth, die seit über drei Jahren bis nach Österreich verstreute Nachweise bei unterschiedlichen Behörden sucht und in vielen Fällen das gefunden hat, was in Bad Arolsen nicht vorlag, bemängelt denn auch:

Schubarth:

Es ist viel zu wenig Forschung gemacht worden. Also mit Berlin hat man zum Beispiel ein ganz großes Problem. Es gab hier über 1000 Lager. Es gab hier über 700 Firmen. Und wo die Dokumente sind, weiß man nicht. Im Landesarchiv

sind nicht viele Dokumente. Bei der Versicherungsanstalt auch nicht sehr viele. Und dann hat man das Problem, wo sind die Dokumente von den anderen Firmen, wo sind sie hingekommen. Und da das alles nicht erforscht ist, und die Firmen selbst nicht juristisch dazu gezwungen worden sind, daß sie das selbst recherchieren müssen, und selbst beweisen müssen, daß sie selbst nicht diese Leute hatten, oder daß sie sie hatten, hat man mit einem Problem zu tun.

Autorin:

Aus Sicht der Bundesstiftung eher ein Randproblem. Was drückt ist die Zeit, die vergeht, bis einem Antrag so gründlich nachgegangen wurde, daß über ihn endgültig entschieden werden kann. Was aber auch drückt, sind die zusätzlichen Kosten dieser Recherchen.

Die vielschichtigen Probleme, für die die Bundesstiftung Lösungen sucht, werden zusätzlich immer wieder von der Vergangenheit überschattet. Von grausamen Schicksalen, die kein Gesetz berücksichtigt hat, die aber nicht wieder vergessen werden sollen:

Jansen:

In Weißrussland gab es während des Krieges Kinder, die hat man in Krankenhäusern zusammengefaßt, um ihnen Blut zu entnehmen - für die Soldaten an der Front.

Was machen wir mit diesen Menschen – das ist ähnlich wie bei medizinischen Versuche – die noch heute darunter leiden. Wir werden dort wahrscheinlich eine Sonderkategorie einrichten, wir haben eine Öffnungsklausel, mit der wir das bewerkstelligen können. Und man sieht doch das Ausmaß der Leiden, das sich bis heute fortpflanzt, und ich glaube, das ist auch ein Grund, warum wir diesem verführerischen Gedanken des Schlußstrichs widerstehen müssen.